

Ärger mit dem Präsidenten

Der Bundeskanzler ärgerte sich letzte Woche im Kabinett über den Bundespräsidenten. Ein Vorgang wie der Besuch



Velayati, von Weizsäcker

des iranischen Außenministers Ali Akbar Velayati bei Richard von Weizsäcker, so Helmut Kohl, dürfe „nicht der Normalfall“ werden, das Staatsoberhaupt müsse seine „Kompetenzen beachten“. Nach Kohls Vorstellung vom Protokoll hat Richard von Weizsäcker seine Amtskollegen oder allenfalls Regierungschefs, nicht aber Außenminister zu empfangen. AA-Chef Genscher widersprach und erläuterte dem Kanzler, daß es gerade jetzt, da die Franzosen im Streit liegen mit dem Iran, für die Bundesrepublik besonders wichtig sei, das Gespräch nicht abbrechen zu lassen.

Farbige Kontakte

Bundesbildungsminister Jürgen W. Möllemann will sein Ministerium Farbe bekennen lassen. Der FDP-Politiker gab Weisung, die Formulare des Referats Presse- und Kontaktarbeit farblich neu

zu gestalten. Bisher waren die Pressemeldungen des Hauses auf weißem Papier mit schwarz-rotem Aufdruck vertrieben worden. Demnächst sollen sie die FDP-Farben Blau-Gelb tragen.

Aus dem Fahndungsbuch

Der enge Vertraute des iranischen Ajatollah Chomeini, Sadigh Tabatabai, 43, darf sich wieder an deutschen Grenzen blicken lassen. Der promovierte Biochemiker war 1985 von der Düsseldorfer Staatsanwaltschaft wegen einer Rauschgiftaffäre national zur Fahndung ausgeschrieben worden. Damals hatte das Auswärtige Amt vergeblich aus diplomatischen Gründen Einspruch erhoben. Das AA sperrte sich allerdings erfolgreich dagegen, den Iraner wegen Rauschgiftbesitzes (1,7 Kilogramm Rauchopium) weltweit suchen zu lassen. Nach Interventionen aus Bonn wurde der Haftbefehl gegen Tabatabai jetzt aufgehoben. Vor allem der Krisenstab, der sich um die Freilassung der in Beirut

Honecker lädt Kohl in die DDR ein

Beim Besuch in Bonn wird der DDR-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker Anfang September Bundeskanzler Helmut Kohl zu einem „Besuch in der DDR“ – nicht in der DDR-Hauptstadt Ost-Berlin – einladen. Das geht aus dem DDR-Entwurf des Kommuniqués für den Besuch hervor, den die ostdeutschen Unterhändler, Außenhandelsstaatssekretär Alexander Schalck-Golodkowski und der ständige Vertreter der DDR Ewald Moldt, letzte Woche im Kanzleramt überreichten. Mit dem allgemeinen Einladungstext will die DDR offenbar protokollarische Probleme vermeiden helfen, da die Bundesregierung entsprechend alliierter Sprachregelung Ost-Berlin nicht als Hauptstadt anerkennt.

Auch die übrigen Passagen des von den DDR-Vertretern vorgeschlagenen Abschlußkommuniqués enthalten keine Maximalforderungen, sondern – so ein Bonner Kenner – „moderate“ Aussagen zur Friedenssicherung, Abrüstung und Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa.

Bei den deutsch-deutschen Vorbesprechungen – ein Bonner Text für eine Abschlusserklärung liegt noch nicht vor – deutete

sich an, daß Bonn den DDR-Devisennöten entgegenkommen will: Die Ausgleichszahlungen, die die Bundesbahn für westreisende DDR-Bürger von der Reichsbahn erhält, sollen gesenkt werden; Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble setzt sich allerdings zugleich für eine allgemeine Preisermäßigung der Fahrkarten im deutsch-deutschen Verkehr ein. Im Kanzleramt wird ferner überlegt, Westreisenden aus der DDR – ihnen wurde Anfang Juli das Devisenkon-



Schalck-Golodkowski, Moldt

tingent von 70 auf 15 West-Mark gekürzt – ein einheitliches „Begrüßungsgeld“ von 100 Mark anzubieten, das künftig statt von Sozialämtern von anderen Behörden gezahlt werden soll. Schließlich hofft Bonn auf eine einseitige Absichtserklärung der DDR, Westreise-Möglichkeiten ihrer Bürger durch eine Rechtsverordnung abzusichern.

Der Honecker-Besuch läßt die Bundesregierung mit neuen Ostkontakten rechnen. Noch für dieses Jahr rechnet Bundeskanzler Helmut Kohl mit einer Einladung der tschechoslowakischen Regierung nach Prag.

Horst Teltschik, der außenpolitische Berater des Kanzlers: „Honeckers Besuch ist für mich der Beweis, daß auch die Warschauer-Pakt-Staaten davon ausgehen, daß die Entscheidung der Sowjet-Union, die Beziehungen zu uns fortzuentwickeln, endgültig gefallen ist. Jetzt gibt es mehr Spielraum für diese Staaten, ebenfalls ihre Beziehungen zu uns auszubauen.“

Nachträglich sehen Kanzlerberater jetzt eine Geste des bulgarischen Staats- und Parteichefs Todor Schiwkoff in neuem Licht. Bei seiner Bonn-Visite im Juni habe Schiwkoff zu später Stunde bei einem Bankett in der Godesberger Redoute euphorisch ausgerufen: „Jetzt kommen sie alle.“